

DIE VOLKREICHSTE DEMOKRATIE DER WELT

Die INDISCHE UNION, amtlich Bharat, genießt den zweifelhaften Ruf, die volkreichste
5 Demokratie der Welt zu sein. Daß sich inzwischen eine knappe dreiviertel Milliarde Menschen
unter der Herrschaft Neu Delhis tummelt, gilt als die bemerkenswerteste Eigenschaft dieses
Staates; daß pro Monat netto ein bis eineinhalb Millionen hinzukommen, als sein größtes
Problem; daß alle Bemühungen um Massensterilisierungen und andersartige Geburtenkontrolle
diesen Zuwachs noch nicht "eingedämmt" haben, als seine bedenklichste Schwäche.

10 Wie bescheuert diese Beurteilung auch ist, sie zeigt doch sehr sachgerecht das eine: Für die
Maßstäbe der modernen Völkerfamilie kommt es auf die große Zahl von Indern nicht an; daß ihr
Staat über ein Sechstel der Menschheit gebietet, verleiht ihm keineswegs ein Sechstel an
internationaler Wichtigkeit. Umgekehrt: Gemessen an dem, was ihr Vaterland darstellt in der Welt,
sind sie bei weitem zu zahlreich. Der "Beweis" für dieses menschenfreundliche Urteil fällt
15 sachkundigen Beobachtern nicht schwer: Es gibt kaum genug für sie zu essen. Der Erfolg, daß
Jahr für Jahr mehr geerntet wird, wird durch die zusätzlichen "hungrigen Mäuler" immer wieder
zunichte gemacht. Diese interessante Begutachtung des Durchschnitts-Inders als Esser, der nichts
als Sorgen macht, ist so beliebt, daß ihre Verkehrtheit nicht einmal denen auffällt, die ihren
Zynismus noch irgendwie bemerken. Die Regierung, die jedes Jahr die Getreide- und
20 Bohnenernte nach Gewicht, Preis und Kalorienangebot säuberlich auf die Häupter ihres Volkes
umrechnet und dabei seit einiger Zeit auf statistische Sättigungsraten von über 90% kommt, ist in
Wirklichkeit ja gar nicht der Veranstalter einer fortwährenden Inder-Fütterung (die
Weltöffentlichkeit, die sich um die Richtigkeit derartiger Rechnungen sorgt, schon gleich nicht).
Es dennoch so zu sehen, zeugt allerdings weniger von Ignoranz als von einem soliden Standpunkt:
25 Wenn Untertanen ihrem Staat nicht genügend *nützen*, dann *gilt* ihr Unterhalt als Last, auch wenn
ihr Staat eine solche Last überhaupt nicht kennt, geschweige denn trägt; denn eine zivilisierte
Staatsgewalt hat allemal Wichtigeres zu tun als Brötchen zu verschenken. Ein gewisser
Realismus ist diesem Standpunkt nicht abzusprechen. Auch in Indien steht die Regierung nicht für
die Ernährung, sondern für die Benutzung ihrer Volksmassen ein - wobei allerdings der erzielte
30 Nutzen, nach fortschrittlichen Maßstäben beurteilt, schwer zu wünschen übrig läßt.

Indiens Wirtschaft / Der ,informelle Sektor': Viel Klein-Arbeitsvieh macht auch Mist

35 In der indischen Landwirtschaft, wo die Nahrung für die statistische Beinahe-Sättigung des
Durchschnitts-Inders erzeugt wird, besteht an der Drittel Milliarde Leute, die unter, und an den zig
Millionen, die ein bißchen über der offiziellen Armutsgrenze dahinvegetieren, ein ganz anderes
Interesse als der fromme Wunsch, sie satt zu machen.

Eine Klasse von Grund- und Geldbesitzern verfügt dort über Mittel und Methoden, mit der Arbeit
dieser Leute Rupien zu machen - jeweils nur ganz erbärmlich wenige, aber immerhin. Als
40 Landpächter und Landarbeiter, nicht selten mit ein paar Quadratmetern eigenem Grund, die nicht

entfernt zum Überleben reichen, sind die Massen dort auf größere Grundbesitzer angewiesen, die ihre Äcker verpachten gegen Ablieferung von ein bis zwei Dritteln der Ernte bzw. einer entsprechenden, nicht selten unabhängig vom tatsächlichen Ertrag festgelegten Geldsumme - oder Tagelöhner brauchen - für ein paar Rupien und eine Handvoll Hirse. Weil das höchstens zufällig zum Leben reicht, sind die Massen zweitens auf Geldverleiher angewiesen, denen sie offiziell verbotene Wucherzinsen zahlen und, wenn sie sonst nichts mehr haben, ihre Arbeitskraft und die ihrer Familie verpfänden müssen. Der Pfändungsfall bedeutet @@ann den Beginn einer Sklaverei oder Leibeigenschaft auf (Lebens-) Zeit ebenfalls offiziell verboten und statistisch ermittelt -, die mit feudalistischen Herr- und Knechtschaftsverhältnissen nichts zu tun hat: Ihre Grundlage sind eben Geldschulden, meist in lächerlicher Höhe, ihre Verlaufsform Zwangsvermittlung in allerlei Arbeitsverhältnisse und Zinsen- plus Tilgungs-“Abzug an der Quelle”. So beherrscht die Geldwirtschaft noch das letzte der halben Million indischer Dörfer und verwandelt die nackte Existenz noch des letzten Tagelöhners in eine Frage der Zirkulation von ein paar Rupien, die bei den zuerst zuständigen Privateigentümern hängenbleiben.

Ein paar der so akkumulierten Rupien gehen regelmäßig für Schlägertrupps drauf, die den Eigentumslosen im Zweifelsfall oder auch vorsorglich die Heiligkeit des Privateigentums klarmachen; die indische Polizei kann sich darum nämlich nicht auch noch überall kümmern. Ebenso regelmäßig werden ein paar Schmiergelder an die Verwaltung fällig, damit die die schönen “sozialistischen” Gesetze über die Maximalgröße des privaten Grundeigentums und gegen die Schuldknechtschaft richtig auslegt.

Die verschiedenen Agrar-“Revolutionen”, zu denen Indiens Regierung sich so gern gratulieren lät, haben dieses Verhältnis nicht zerstört, sondern mit neuen Mitteln ausgestattet. Gefördert wurde die Produktion für “den Markt”: mit Saatgut für neue Feldfrüchte, Kunstdünger und landwirtschaftlichen Maschinen, die massenhaft Landarbeiter ersetzt haben; das alles auf Kredit, was den Anbau auf größerer Stufenleiter - auf Kosten zahlloser Kleinpächter - und die vollständigere Vermarktung der Ernte - auf Kosten der Subsistenzwirtschaft außerhalb der kleinen Rupien-Zirkulation - erzwungen hat; auf dem “Markt” bekamen die Bauern es zugleich mit der staatlich arrangierten Konkurrenz amerikanischer Getreideimporte zu tun, die nicht einfach verfüttert, sondern für eine “marktgemäße Preisdämpfung” eingesetzt worden sind. Seither beschert jeder 5-Jahres-Plan neue “Produktionsanreize” für Gewächse, mit denen sich z.B. in anderen Produktionszweigen Lohnenderes anfangen, also auch mehr Geld Erlösen läßt als mit Nahrungsmitteln für ein Landvolk, dessen Arbeitskraft ohnehin dafür immer entbehrlicher wird. Gerade beschenkt die EG Indiens Bauern mit einer “weißen Revolution”: Unter Einsatz des europäischen Milchsees, der in Pulverform exportiert wird, zieht man an ausgewählten Stellen eine Molkereiwirtschaft auf, die die “mittelständische” städtische Kaufkraft erschließen soll; tüchtige Landleute sind dafür ausersehen, mit Importkühen dann auch die Molkereien mit Rohstoff zu versorgen - ein ökonomisches Todesurteil über ein paar weitere Massen von Kleinstpächtern und dergleichen, für deren Hirse dort kein Platz mehr bleibt, wo demnächst holsteinische Rekordkühe weiden sollen.

Die Zerstörung des eingebürgerten Aussaugungssystems kommt bei dieser allmählichen Kapitalisierung der indischen Landwirtschaft aus mehreren Gründen nicht heraus. Erstens erreichen die diversen “Revolutionen” nur wenige “begünstigte” Regionen. Zweitens gibt es um

die meisten Dörfer herum noch genügend Ödland, auf dessen Herrichtung die überflüssig gemachten Pächter sich stürzen dürfen. Speziell im Süden ist Platz für solche staatlich erzwungenen Ernährungsinitiativen.

5 Drittens haben Indiens volksnahe Geschäftemacher im ganzen Land ein Handwerk aufgezogen, das dem Muster des Pacht-, Tagelöhner- und Schuldknechtschaftswesens in der Landwirtschaft folgt: An Millionen primitiven Spindeln, Webstühlen und Nähmaschinen lassen Händler und Geldverleiher im Verlagssystem Textilien in Heimarbeit produzieren, die dann preislich sogar mit der Fabrikware aus Bombay konkurrieren können und den guten Ruf indischer Billigware festigen. - Die ausgedehnte städtische Klein-“Industrie” funktioniert im übrigen auf derselben
10 Basis. Für Rechtssicherheit und gerechten Lohn sorgen auch da die Händler, Verleger und Gläubiger mit ihrer eigenen Knüppelgarde.

Die indische Staatsgewalt hat ihr “sozialistisches” Verhältnis zur Produktionsweise ihrer größten
15 Volksmassen prinzipiell durch den Beschluß geregelt, das alles als den “informellen”, “unorganisierten” Sektor ihrer Volkswirtschaft zu betrachten und aus der Gesetzgebung über Arbeitsbedingungen von vornherein auszunehmen. Mit dem Erfolg, daß ihre zahllosen Untertanen so doch noch einer Rupien-Zirkulation unterworfen werden, die einiges an Geld-Reichtum zusammenkommen läßt, ist die Regierung inzwischen durchaus zufrieden; so zufrieden, daß sie beschlossen hat, die statistische Beinahe-Ernährung ihrer Bürger für einen gelungenen
20 Lebensunterhalt zu nehmen und das früher benutzte Bild vom “Land mit der Bettelschale” offiziell für hinfällig zu erklären. Die Weltöffentlichkeit tut ihr den Gefallen; seit Mutter Teresas Friedens-Nobelpreis ist der Hunger in Indien kein Thema mehr.

Auf den Kopf umgerechnet ist es zwar furchtbar wenig, was da an Geld ausgeschwitzt und an Privateigentum angesammelt wird in dieser Wirtschaftssphäre. Ganze 150 Dollar pro Nase und
25 Jahr rechnet die Weltbank als Anteil des Durchschnittsinders am Bruttosozialprodukt aus - den 150. Platz in der entsprechenden Weltrangliste der Nationen -, und da sind sogar die Industriearbeiter, Bankangestellten und Minister schon mit drin. Aber der Witz ist ja eben, daß in der rauhen Wirklichkeit nicht eine Gesamtsumme auf die vielen Häupter aufgeteilt wird, sondern daß umgekehrt noch die kärglichste Existenz bloß per Vermarktung zu fristen ist und dabei wie
30 von selbst immer in denselben Händen ein paar Rupien hängenbleiben. Die Riesenmasse elender Existenzen kostet nichts - sie bringt’s für die Akkumulation eines “informellen” Reichtums, der sich dann über das “formelle” Bankwesen und andere Geschäftszweige noch viel nützlicher machen darf für “die Volkswirtschaft”.

Indiens Wirtschaft II Der “organisierte Sektor”: Von Ost und West das Beste nur

35 Für diesen anderen, “organisierten” Sektor ihrer Wirtschaft - alle gewerberechtlich beaufsichtigten Unternehmen, darunter auch Plantagen des größeren Stils - haben Indiens Staatsmänner sich das ungemein originelle Konzept einer “gemischten Wirtschaftsweise” ausgedacht. Aus Kapitalismus und Sozialismus soll die nur das jeweils Beste übernehmen und alles Schlechte, Böse und Häßliche weglassen.

40 In diesem Sinne haben sie zuallererst von *beiden* Wirtschaftssystemen gelernt, daß es einer modernen Staatsgewalt um viel frei verfügbaren Reichtum, also um immer mehr Geld gehen muß

- und daß es dazu eine eigentumslose Arbeiterklasse braucht, die wenig kostet und deren Produkte viel Geld einspielen. Um so etwas erst einmal in größerem Stil hinzukriegen, haben sie der realsozialistischen "Planwirtschaft" ein paar bürokratische Methoden abgeschaut, wie man die "Kommandohöhen" einer auf Preisen und Löhnen, Gewinn und Kredit begründeten Volkswirtschaft besetzt und die "Willkür des Marktes" durch eine staatliche Ertragsplanung ersetzt. Dabei ist die indische Demokratie aber nie so weit gegangen, die Kapitalisten im Land und deren privatrechtlichen Zugriff auf die Arbeiter nach Leninschem Vorbild abzuschaffen und die Marktpreise für Arbeiter und Waren von Staats wegen festzusetzen. Von der "freien Marktwirtschaft" haben Indiens regierende Sozialisten gelernt, daß es unterhalb und neben den staatlich besetzten "Kommandohöhen" ein freies Unternehmertum und einen Klassenkampf gegen freie Gewerkschaften braucht. So sind Streiks im Prinzip erlaubt - und werden rücksichtslos bekämpft: Der Arbeitskampf der Eisenbahner Anfang der 70er Jahre ist von ihrem staatlichen Arbeitgeber mit Truppeneinsätzen gegen Streikposten beendet worden, der große Textilarbeiterstreik in Bombay Anfang der 80er Jahre nach 14 Monaten gescheitert, weil die zuständigen Privatunternehmer dichtgemacht und sich auf dem "informellen Sektor" schadlos gehalten haben. Die Inszenierung eines ärmlichen, aber die proletarische Existenz garantierenden - Ideal-Sozialstaats Marke Ostblock hat nie zur Debatte gestanden. Mindestlöhne werden in einer Höhe festgelegt, die zum Überleben nur reicht, wenn sich die Familie noch anderwärtig um Verdienste bemüht. Das Bankwesen wurde verstaatlicht; aber nicht, um die Reichen zu enteignen - Entschädigungen wurden gezahlt -, sondern um Kredit zu "schöpfen" und ihn wie das Privateigentum in den Dienst staatlicher Projekte zu stellen. Eine Schwerindustrie wurde damit finanziert, um der privaten Geschäftswelt eine solide einheimische Basis zu verpassen. Deren Aktivitäten wurden unter eine Staatskontrolle gestellt, die viele Arbeitsplätze schafft und alles erlaubt, soweit die Schmiergelder reichen - oder auch auf Wunsch manches verbietet. Denn vor allem hat dieser Behördenapparat erfolgreiche Unternehmer vor viel unliebsamer Konkurrenz, insbesondere aus dem Ausland, geschützt.

Mit dieser "gemischten Wirtschaftsweise hat Indien es zu vielen Fabriken gebracht, die nicht bloß mit so stolzen Produkten wie Schrauben und Muttern, sondern auch mit unverwüstlichen Küchenmaschinen und Geländewagen auf der Hannover-Messe auftreten, Kampfflugzeuge zusammenschrauben und mit französischem Uran in US-Meilern eigenen Atomstrom erzeugen; eine vaterländische Rakete hat sogar schon einen indischen Sputnik in den Weltraum ausgeflogen, eine autonome Atombombe wurde gezündet, und die Weltstatistik erkennt dem dicken Land die Rangziffer 10 unter den "Industriestaaten" zu.

Die "zehntgrößte Industrienation": Noch zu unbrauchbar fürs Weltgeschäft

In der kapitalistischen Geschäftswelt haben diese Erfolge zu immer tieferer Unzufriedenheit geführt: Die Zunahme von Fabriken und Industriezweigen in diesem Land ist viel zu wenig ihr Geschäft. Die in letzter Zeit um die 14 Milliarden Dollar Importe pro Jahr, davon noch fast ein Drittel Erdöl, sind vom Standpunkt kapitalistischer Exportnationen ein Witz für ein so großes Land, die 9 bis 10 Milliarden Dollar Exporte, mit Tee und Jute-Waren als Hauptverkaufsschlagern, beinahe uninteressant. Noch dazu, wo ein Sechstel dieses Außenhandels über eine ganz unkapitalistische Verrechnungs-Rupie mit dem Ostblock abgewickelt wird; sogar

ihren Staatsbedarf Nr. 1, den nach Waffen, befriedigt die Indische Union großenteils preiswert und ohne Devisenaufwand bei der Sowjetunion, die ansonsten weit weniger nach Indien ex- als von dort importieren würde. Was geschäftsmäßig gesehen noch schlimmer ist: Beim indischen Wirtschaftswachstum sind deutsche Investoren gerade mal mit einer Viertelmilliarde D-Mark mit dabei. Großzügige Kredite müssen im Falle Indiens erst noch einige "Sachzwänge" ins Land schaffen, damit es einer ungehinderten Benutzung durch auswärtigen Reichtum offensteht. Auch ein 5 Mrd.-Dollar-IWF-Kredit hat nicht jene Sorte "Entwicklung" herbeigeführt, die andernorts den Abmarsch in die große Inflation bewirkt. Die Rupie hält ihr 1:10-Verhältnis zum Dollar schon seit Jahren - wozu auch Zehntausende indischer Gastarbeiter in der Golfregion, auch unfreiwillig verschobene Weiber darunter, mit ihrem Devisentransfer ins Heimatland einen bescheidenen Beitrag leisten. Für den Zugriff des kapitalistischen Geschäftssinns - auf Naturstoffe, un- ausgelastete Arbeitskräfte und auch die immerhin vorhandene Kaufkraft - hat Indien sich einfach noch nicht genügend interessant gemacht.

Als Grund dieses Mangels diagnostizieren die interessierten Fachleute der "Marktwirtschaft" einen Mangel an "Marktwirtschaft". Indiens Wirtschaft wäre eben doch zu "gemischt", zu "planwirtschaftlich" und "bürokratisch" usw. Angeklagt werden "sozialistische Einflüsterer" am Regierungshofe, "sozialistische" "Entwicklungshemmnisse" und andere antikapitalistische Sünden; alles lebendig bebildert durch rückständige Kühlschränke und die 50er Jahre-Modelle der winzigen Autoindustrie. Klar, das fehlt dem Hindu: Bosch und BMW.

Immerhin gibt es zur Zeit aber hoffnungsvollere Perspektiven. Nicht bloß das ausländische Kapital, sondern die Regierung selbst wird zunehmend unzufriedener mit den wachsenden Produktionsrekorden ihrer heimischen Industrie. "Modernisierung" heißt seit einigen Jahren ihre Direktive; und dafür hat sie sich per Saldo inzwischen doch so hoch im Ausland verschuldet - zwischen 20 und 30 Milliarden Dollar schwanken die Angaben -, daß die Steigerung der Exporte, vor allem aus dem industriellen Sektor, zur immer drängenderen Notwendigkeit wird: der bekannte und schon vielerorts so erfolgreich angewandte "Sachzwang" für die "Schuldnerländer" der modernen Weltwirtschaft. Die Kalkulationen, ob endlich das Jahr 1986 mit den dann fälligen Tilgungszahlungen den erhofften Durchbruch bringt oder die "ineffektive" Staatsbürokratie wieder einmal den Fortschritt hintertreibt, darf man getrost den einschlägig engagierten Finanzhaien aus der Börsenwelt zwischen New York und Tokio überlassen. Fest steht, daß die indische Regierung alles tut, um durch zollfreie Zonen mitten im Land, Steuernachlässe, Gewinntransfer-Garantien, Investitionen in die industrielle "Infrastruktur" usw. ihren Herrschaftsbereich endlich attraktiver zu machen für das große Weltgeschäft, an dem auch die einheimische Industrie sich konkurrenzfähig beteiligen - oder dem sie weichen soll. Die inneren wie auswärtigen Anwälte neuer Rentabilitätskriterien für die indische Volkswirtschaft meinen, sicher nicht ohne Grund, in dem neuen Machthaber, dem Indira-Sohn Radschiw, ihren Mann zu haben - dies eine Grundlage für die skeptischen Abwägungen seiner Chancen, sich durchzusetzen und seine "Technokraten" an die Stelle "sozialistischer Dogmatiker" von der "alten Garde" zu bugsieren.

40 ***Trotz "Blockfreiheit" und russischer Waffen: Kein "Dominostein"***

Über eins herrscht eine geradezu fabelhafte Sicherheit in der Freien Welt, ganz gleich wie Indiens Gesellschaft in Zukunft noch gebeutelt werden wird: Ein "Ausscheren" Indiens, gar ein weitergehender Anschluß an das "sozialistische Lager" und dessen "realsozialistische" Alternative, kommt nie und nimmer in Frage. Die Indische Union ist und bleibt ein Commonwealth-Staat und kein "Vasall Moskaus", sie gehört ganz einfach (zu) "uns": Dieses feststehende *politische Urteil* ist die Grundlage aller *ökonomischen Spekulationen* auf eine weitergehende "Öffnung" Indiens.

Dabei verfügt die Freie Welt über ein beträchtliches Sündenregister indischer Außenpolitik: Waffenkäufe in der Sowjetunion, indisch-sowjetischer Freundschaftspakt betonte Blockfreiheit Anerkennung des "vietnamesisch besetzten" Kambodscha, allzu gemäßigte "Afghanistan"-Kritik ... Und tatsächlich hat Indien politische Eigenständigkeit und Unbekümmertheit um gewisse westliche Wünsche nicht nur demonstriert, sondern auch praktiziert; mit der Annexion Goas z.B., der letzten indischen Kolonie des NATO-Partners Portugal, und mit seinen Kriegen gegen den notorischen US-Verbündeten Pakistan. Anderen Staaten hat man Ähnliches nicht verziehen - gegen Indien ist die Freie Welt nie mit Feindschaftserklärungen oder überhaupt mit anderen als den diplomatisch üblichen Erpressungen vorgegangen. Und dabei gedenkt die NATO offenbar auch zu bleiben, auch wenn ihre Ansprüche an ihre "Partner" heute - seit "Afghanistan" - etwas höher geschraubt sind. Indien mag in vieler Hinsicht politisch unnütz sein; ein weltpolitisches Hindernis für den Westen ist es nicht und will es auch gar nicht sein; immerhin hat es, solange sich die "Blockfreien" noch eine Bewegung einbildeten, der zeitweiligen Führungsrolle Kubas entgegengewirkt und seinen Stolz in die Ausrichtung eines Commonwealth-Treffens gelegt (ganz zu schweigen von den guten Beziehungen der beiden "eisernen Ladies" in London und Neu-Delhi). Die indische Armee mag der Freien Welt nicht als Bastion und weltpolitisches Druckmittel zur Verfügung stehen; Mittel eines alternativen oder gar Anti-Imperialismus ist sie aber noch weniger; und ihre Dienste als Ordnungsmacht über ein Sechstel der Menschheit versieht sie zur Zufriedenheit. Die westliche Sicherheit, daß ein "Abfall" Indiens, vergleichbar dem der Volksrepublik China vom "sozialistischen Lager", nicht zu befürchten ist, geht hinaus über die politischen Garantien, die der Zugriff auf die ökonomische Überlebensfähigkeit des Staatsapparats bietet. Erst recht ist sie handfesterer Natur als die Ideologie vom "Erbe" des britischen Geistes oder umgekehrt der Exporterfolg transzendental-meditativer Verblödungskünste beim freiheitlich abendländischen Publikum. Sie beruht nicht zuletzt auf dem zuverlässigen Antikommunismus dieser Nation und ihrer nationalen -ismen.

Die indische Demokratie lebt - oder: Antikommunismus auf hinduistisch

Das Kompliment der frühen 60er Jahre von wegen "größte Demokratie der Erde" ist aus der Mode gekommen. Das Land unter diesem Gesichtspunkt für Linientreue zu loben, war die andere Seite des freiheitlichen Abscheus gegen Maos China und ist obsolet, seit der volkreichste Staat der Welt schon mehr auf der richtigen als der feindlichen Seite steht. Das Vertrauen darauf, daß die Regierungsform und "politische Kultur" in Indien eine Gewähr für die letztlich korrekte Einordnung des Landes bieten, hat sich aber erhalten; bis in die Berichterstattung über die jüngsten "Unruhen" hinein. Die hat nie - was einem freien Journalisten im Falle kommunistischer und ähnlich abweichender Regime ganz von selbst in die Feder fließt - das Beweisziel verfolgt, da wäre ja wohl eindeutig die zuständige Herrschaftsform "gescheitert" und ginge ihrem verdienten

Ende entgegen. "Hintergrundberichte" mögen noch so viel über Wahlschwindel, Diktatur per Notstands-Paragrafen, Polizeiterror, Stimmenkauf usw. "enthüllen": Ein Verdikt der Art, Indiens Demokratie wäre eine Farce, will daraus immerzu nicht werden. Demokraten steUen sich ja die viel wichtigere Frage, ob Indien immer wieder rechtzeitig mit starker Hand geführt wird.

5 Und sie haben ja Recht, die besorgten Freunde der indischen Demokratie. Das Regierungssystem und die führende Staatspartei, der Kongreß, garantieren erstens die nötige Gewalt, um das Elend und seine Benutzung zu der Selbstverständlichkeit zu machen, die ein Hindu als sein "dharma", ein Moslem als Allahs Wille und ein Christ als Nachahmung des Herrn Jesus hinnimmt. Und sie machen zweitens das zahlreiche Volk ganz und gar untauglich für den politischen Willen zu einer
10 auch nur entfernt kommunistischverdächtigen Revolution.

Schon der "Vater der Nation", Großmeister Gandhi, hat die demokratiedienlichen Qualitäten des hinduistischen Kastenwesens entdeckt: Es organisiert sogar das Verhungern als höchst ehrenwerte Standespflicht. Dies: die Respektabilität auch noch des beschissensten Daseins, hat Gandhi
15 seinem auf standesgemäße Manieren versessenen Volk klarmachen wollen, als er die "Kaste" der Kastenlosen, der "Unberührbaren", deren bloßer Schatten bereits die Mahlzeit eines Brahmanen "unrein" macht, in "Gotteskinder" umbenannte; *dafür* hat er demonstrativ gemeinsam mit ausgewählten Exemplaren dieses "Abschaums" Klosetts geputzt und, ihrem Bevölkerungsanteil
20 entsprechend, 78 der 542 Parlamentssitze für Angehörige der "scheduled castes" reservieren lassen - ein schöner Widerspruch zu den egalitären Phrasen der Verfassung. Die Kasten-Hindus fanden die Hungerkünste ihrer underdogs zwar weiterhin eher unappetitlich, waren sonst aber ganz einverstanden. Offiziell jedenfalls war der Kasten-Zirkus damit moralisch gereinigt, modernisiert und demokratisiert. So bietet er auch dem politisch mitdenkenden Hindu für jede
25 Lebenslage alle nötigen Anhaltspunkte, um sich sämtliche materiellen Interessengegensätze, von denen er profitiert oder seinen Schaden hat, in "Argumente" für einen speziellen Standesdünkel zu übersetzen: Mit den - überkommenen und zeitgerecht fortentwickelten - einschlägigen Albernheiten kann er sich dann die Zeit vertreiben.

Ohne die Tugend der Verachtung anderer geht das natürlich nicht ab; darauf zieht sich ja für die meisten der Lebensgenuß überhaupt zusammen. Und während der moralisch-religiöse Überbau empfiehlt, die Attitüde der Verachtung gleich auf alles zu erstrecken, und das als höchstes der
30 Gefühle einübt, gehen die schlichteren Gemüter im Alltag handfester zu Werk. Schließlich gilt es aufzupassen, daß keiner sich zuviel herausnimmt und dadurch womöglich den eigenen, von der Weltordnung vorgesehenen Lebensunterhalt klaut. Und immer weiß man, wer wem mit welchem Recht eine moralische Abreibung verpassen darf. - Daß die Kastenordnung dem Geist der Konkurrenz widerspräche, erweist sich jedenfalls tagtäglich als Gerücht. Sicher bringen die
35 moderne Berufswelt und das Geschäft mit dem Eigentum die Hierarchie der Kasten durcheinander - aber ein einziges Durcheinander ist die, will man den Ethnologen glauben, sowieso. Die, die sich einen vorschriftsmäßigen Standes-Spleen angewöhnt haben, werden sich darin schon auskennen - in ihrer heutigen staatlich organisierten Klassengesellschaft gradeso gut wie in der ländlichen Heimat.

40 Nicht-Hindus bleiben von dieser hinduistischen Ehrbarkeit natürlich nicht verschont. Als Moslems - "Rechtgläubige"! - verfügen sie in ihrem Allah selber über einen allerhöchsten

Auftrag, ihr biachen Überleben als Sieg in einer moralischen Konkurrenz mit ihrer andersgearteten Umgebung auszukosten. Der folgerichtige Streit sittlicher Rechtstitel hat die Stufe der Dorfkeilerei - aus Anlaß einer von Moslems verunglimpften heiligen Kuh oder einer von Hindus zur örtlichen Moschee getriebenen Schweineherde - längst überschritten. Seit dem Unabhängigkeits-“Kampf” des Gandhi-Kongresses und der Muslim-Liga seines Konkurrenten Dschinnah hat die Konkurrenz der religiösen Bräuche und Angebereien demokratisches Format bekommen: Sie steht im Dienst der nationalen Politik.

Der indische Staat bekennt sich nicht zum Hinduismus als seinem höchsten Auftrag; er reklamiert für sich bürgerliche Säkularität und demokratisches Desinteresse an Rasse, Religion und Kaste. Das bedeutet aber durchaus nicht, daß die schon vor der Staatsgründung maßgebliche und seit 1947 mit nur dreijähriger Unterbrechung regierende Staatspartei, der all-indische Kongreß, davon Abstand nehmen würde, ihr politisches Werk als gerechte Fürsorge für ein hinduistisches Gemeinwesen zu verkaufen. Umgekehrt: Der Kongreß steht ein für das politische Grundrecht der Hindu-Gesellschaft auf einen indischen Gesamtstaat, dem gefälligst auch alle Andersartigen zu dienen haben: die 11-Prozent-Minderheit der Moslems vor allem und die Reform-Hindus aus dem Pandschab, die Sikhs, und die christlich getauften Außenseiter aus der nordostindischen Stammesbevölkerung sowieso. Die *Einheit Indiens* ist der übergeordnete politische Rechtstitel, unter dem alle in volkstümlich-religiöse Ehrenpunkte uminterpretierten Interessengegensätze der indischen Lohnarbeits- und Schuldknechtschafts-Gesellschaft demokratisch ausgetragen werden.

Damit das funktioniert, braucht der schlichte Landesbewohner weder von den Grenzen seiner Nation noch von den politischen Vorhaben seiner Bundesregierung eine Ahnung zu haben. Die Kongreß-Partei sorgt schon dafür, daß die jeweils aktuellen Saboteure der indischen Einheit bekanntgegeben werden und die Verachtung fremdartiger Völkerschaften unter den Volksgenossen die Richtigen trifft. Bei dem massenhaften Elend kostet es einen ehrgeizigen Politiker wenig, eine warme Suppe und ein paar Guru-Phrasen allenfalls, um sich eine “Massenbasis” für jedes beliebige Anliegen zu organisieren. Die betroffenen - nicht-hinduistischen oder sonstwie abweichenden - ”Landmannschaften” bleiben seit jeher nichts schuldig. Seit dem historischen Zerwürfnis zwischen Gandhi und Dschinnah besteht die Antwort ihrer politischen Führer auf den hinduistischen Mehrheits-Nationalismus in dem Anspruch auf Anerkennung ihres religiösen Volksstammes als *besonderer Nation* im Staat. Kongreß-Politik zielt auf das Parieren sämtlicher Minderheiten; deswegen beschuldigt sie diese der Sabotage am indischen Einheitswerk. Schon die Abtrennung des Moslem-Staats Pakistan erfolgte gegen den Willen der Kongreß-Partei. Seither soll die Einrichtung von mehrfach neu abgegrenzten - Bundesländern, mit einiger Autonomie und Extra-Sprachen, aber unter souveräner Aufsicht (und bei Bedarf unter “presidential rule”) der Zentrale in Neu-Delhi, dem Separatismus entgegenwirken, den die demokratische Kastengesellschaft hervortreibt und mit jedem “Ausbruch von Gewalttätigkeiten” verstärkt.

Das idyllische Ergebnis sind lauter Feindseligkeiten, die gewiß allesamt der massenhaften Existenznot und dem Widerstreit der maßgeblichen Interessen des kleinen wie des großen Reichtums entstammen, die sich aber gar nicht so, sondern an Rassen-, Religions- und Kastenschieden entlang organisieren und *betätigen*. “*Kommunalismus*” heißt das auf gut indisch und hat mit Kommunismus insofern zu tun, als es sich dabei um dessen speziell indisches Gegenteil handelt. Sobald sich irgendein Volksführer findet, der es organisiert, schlagen Hindus

auf Sikhs, mostemische Arbeiter auf “unberührbare” Tagelöhner, assamesische Teepflücker auf zugewanderte Bengalis ein und umgekehrt. Und wegen einer Demütigung, die den Sikhs mit der Zerstörung ihres wichtigsten Gotteshauses zugefügt worden ist, hat sich Indira Gandhi den Tod geholt. Gegen das jeweils angesagte Plündern und Lynchen - lebendig Verbrennen ist besonders beliebt - schreiten Polizei und Armee streng im Sinne ihres Auftrags ein, die überparteiliche Einheit der Nation zu wahren, also höchst parteilich. Danach hat dann immer wieder “die Politik das Wort”, übersetzt das stattgehabte Chaos in einen Kompetenzkonflikt zwischen bundesstaatlicher Zentrale und Landesregierung, und der Streit geht eine Zeitlang als demokratische Konkurrenz der Kongreß-Partei mit regionalen “Volkstums”-Parteien weiter. Im Wahlkampf sterben dann regelmäßig wieder ein paar hundert Inder, weil die “Mobilisierung der Basis” eben in der Aufregung des sittlichen Anstands gegen Andersgeartete besteht. Darauf und auf die Stimmabgabe für Symbole, an denen auch Analphabeten sofort die Kongreß-Partei erkennen, wird aber um so weniger verzichtet, je weniger davon abhängt: Das wirkliche Wahlergebnis wird per Intrige, Bestechung und politischem Mord zwischen den führenden Häuptern des Kongresses, seiner als Opposition fungierenden Abspaltungen und seiner regionalen Alternativen ausgehandelt.

So ist die Indische Union in den fast vier Jahrzehnten ihrer Unabhängigkeit durch allen Aufruhr hindurch bemerkenswert “stabil” und vor allem - *demokratisch* geblieben. Vom Standpunkt der freiheitlichen Weltordnung eine anerkennenswerte Leistung - für s o ein großes Land, das s o viel Elend organisiert.